

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherm.
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgepaaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Die Kriegsinvaliden und die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung

In der Wochenschau der Nr. 40/1915 wurde in der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung auch einer „rationellen“ Verwendung der Frauenarbeit über den Krieg hinaus das Wort geredet. Die „sozialistische Behauptung“, daß die Frau, wenn sie für eine bestimmte Leistung nicht denselben Lohn beziehe wie der Mann, zu geringem Lohn erhalte, ist nach dem philosophischen Mundständer des Unternehmerblattes in den allermeisten Fällen dahin „unzudeuten“, daß nicht die Frau zu wenig, sondern der Mann verhältnismäßig zuviel erhält, wenn seine Arbeitskraft mit der betreffenden leichten Handhabung ausgefüllt wird. Nun sind ja die Unternehmer auch schon vor dem Kriege mit der Einführung von Frauenarbeit gar nicht wählerisch gewesen, wenn sie sich nur mehr Profit davon versprochen. Nach den Ausführungen der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung müßten da die männlichen Arbeiter in Zukunft in diesen Fällen entweder mit wesentlich geringeren Löhnen auskommen oder nur schwerere und anstrengendere Arbeit verrichten. Wir haben in Nr. 46/1915 der Metallarbeiter-Zeitung unsere Kollegen von der Meinung des Berliner Unternehmerblattes in der „Frauenfrage“ unterrichtet und das Nötige gesagt. Vielleicht hat da mancher gedacht, soweit die Affordarbeit in Frage komme, werde die von der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung gemachte Unterscheidung ja nicht wirksam werden. Doch sind wir inzwischen auch nach dieser Richtung eines „Besseren“ belehrt worden. Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung tritt mit Heftigkeit für eine gute Versorgung der Kriegsverletzten ein, indem das Unternehmertum nicht dabei zu Schaden kommt. Doch will das Blatt schon von gemeinsamen Beratungen mit der Gewerkschaften und so weiter nichts wissen. Es sieht, wie einer, der kein gutes Gewissen hat, überall Fallstricke und Wolfsgruben. Darum nimmt es sich höflich in acht, daß das Unternehmertum durch solche harmlose gemeinsame Beratungen nicht unversehens von den bösen Gewerkschaften in Lebensgefahr gebracht werde. Der Leitartikel der Nr. 50/1915 des Unternehmerblattes handelte von gemeinsamen Beratungen. Da heißt es gleich allgemein vorbeugend, groß sei noch immer die Gefahr gewesen und sei sie es noch, daß sich in solche Beratungen Leute einschließen, die scheinbar wohl der Sache dienen wollten, in Wirklichkeit aber ihre eigenen Sonderinteressen und vielleicht recht bedenkliche und fragwürdige verfolgten. Weil die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung „für den Burgfrieden“ und seine Erhaltung auch nach dem Kriege ist, will sie alle Gelegenheiten vernützen, die diesen Frieden stören könnten. „Gemeinsame Beratungen, nun ja, aber wer will sie nicht, daß solche Beratungen schon oft genug der Keim des Habers und der Zwietracht in sich getragen haben!“ Es ist wirklich eine sonderbare und recht gerbrechliche Art von Burgfrieden, von dem angenommen wird, daß er dem Unternehmertum so leicht und schon durch gemeinsame Beratungen aus der Hand fallen kann. Gewöhnliche Sterbliche könnten da meinen, daß gemeinsame Beratungen doch erst eine der grundlegenden Voraussetzungen und Vorbedingungen für eine friedliche Verständigung seien. So denkt aber die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung nicht. Ziemi-lich unvermittelt rückt sie damit heraus, daß es sich um die Versorgung und Unterbringung der Kriegsverletzten handle, „der tapferen Kämpfer, die für das Vaterland gelitten und gestritten haben“. Laut und deutlich, so gaderet es, habe „besonders die Arbeitgeber-Zeitung“ befunden, daß sie das ihrige tun werde, „um diesen Unglücklichen das Leben nach Möglichkeit zu erleichtern“. Aber — „gemeinsam soll beraten werden von den Arbeitgebern und von denen, die sich als Vertreter der Arbeitnehmer ausgeben, von den Gewerkschaften, und zwar, sobald man hört, vornehmlich von den freien, christlichen und kirchlich-demokratischen Gewerkschaften. Es soll gemeinsam über das Los der Kriegsbeschädigten beraten werden, über die Arbeitsvermittlung, über die Entlohnung, über die Art der Beschäftigung, ja, am Ende über jede einzelne alltägliche Handlung des Kriegsinvaliden“. Und — man denke — „immer und überall sollen die Vertreter der genannten Gewerkschaften Sitz und Stimme haben. Ja, weiter noch, um für die gemeinsamen Beratungen Material zu sammeln, vielleicht auch Material für andere Dinge, soll es besagten Gewerkschaften zuziehen, die einzelnen Fabrikräume und Werkstätten regelmäßig zu besuchen, um sich durch Augenzeugen davon zu überzeugen, wie es um ihre Schicksale bestellt ist.“

Dagegen wird dann angeführt, daß es da keiner Mittelperson und nicht vieler gemeinsamer Beratungen bedürfe. Der Ehrenpflicht, die Kriegsbeschädigten nach besten Kräften in ihrem Fortkommen zu unterstützen und sie in ihren Betrieben unterzubringen, wollten und würden sich die Unternehmer allein unterziehen, ohne daß es dazu irgendwelcher besonderer Kommissionen, gemeinsamer Beratungen „oder sonstigen Weiserts“ bedürfe.

Schließlich löst sich denn auch „des Pudels Kern“ aus dem eisernen Wust der Haltungen und Wiederholungen. Man höre: „Leicht gesagt, im Affordlohn müsse sich erweisen, was der Invaliden zustande bringt! Wenn er aber die gleiche Menge an Ware, die ein gesunder Arbeiter in drei Tagen fertigstellt, erst in fünf Tagen zuwege bringt, so kann sein Affordlohn unmöglich auf die gleiche Höhe des anderen gesetzt werden, denn dem Fabrikanten kommt diese in fünf Tagen hergestellte Ware natürlich erheblich teurer zu stehen als das in der kürzeren Frist fertig gewordene Produkt. Gewisse Opfer wird jeder Fabrikant ohnehin bringen müssen, weil auch ihm die Unterbringung der Invaliden aus höheren Rücksichten am Herzen liegen muß.“

Da meinen wir aber denn doch, daß lieber recht wenig von Opferwilligkeit geredet werden sollte, wenn man da bei den Kriegsverletzten schon solche Unterscheidungen machen will. Jedenfalls aber hätte das Unternehmertum, das auch hier wieder den Maßstab allein in der Hand behält, eine wunderschöne Gelegenheit, abermals so zu messen, daß der Unternehmern mit der Werbung erst der rechte Geschmack an dieser Art, „Opfer zu bringen“, kommen würde. Abermals würde dann den übrigen Arbeitern wieder gesagt werden, daß nicht die Kriegsverletzten zu wenig, sondern die anderen Arbeiter „relativ zu viel“ an Lohn erhielten!

Dies gäbe dann sogar eine Schraube ohne Ende, indem immer der geringere Lohn als der gültige Maßstab und als Grund angesehen würde, auch die anderen Löhne herabzubringen! Auf anderen Gebieten unserer Profitwirtschaft wird ja schon nunmehr in ähnlicher Weise „gearbeitet“. Da wird bei den vielen Kriegsnotverordnungen immer die Ware, bei der verhältnismäßig am meisten Profit gemacht werden kann, zum Maßstab gemacht und verlangt, daß die Preise bei anderen Waren hinaufgeschraubt werden!

Keine Zeichnung für die Beurteilung der Kriegsverletzten und ihrer Lage ist auch die Art, in der in den Einblenden und Ausblicken der Nr. 52/1915 der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung ein Berliner Gewerbegerichtsurteil behandelt wurde. Ein Kriegsverletzter, der wieder gewerblich beschäftigt war, hatte sich eine Verletzung zuzuschulden kommen lassen, die seine Entlassung zur Folge hatte. Diese muß fristlos erfolgt sein, denn dem Kläger wurde Schadenertrag zugesprochen. Nach der Arbeitgeber-Zeitung soll es in der Urteilsbegründung geheißen haben, daß der ehemalige Kriegsteilnehmer — er war betrunken gewesen — jetzt weniger „taktfest“ als vor dem Kriege sei. Dazu wird dann gesagt:

„Es ist ein Gewerbegericht, das solch ein Urteil gefällt hat und es ist ein Urteil, das sich in so eigenartiger Weise ausdrückt und wir haben vor dem Gewerbegericht schon manchmal größere Wunder erlebt. Wir lehnen es auch als Arbeitgeber ausdrücklich ab, diesem Urteil irgendwelche grundsätzliche Bedeutung zuzuerkennen, etwa in dem Sinne, als ob man bei der Anstellung ehemaliger Kriegsteilnehmer wegen der verminderten Taktfestigkeit dieser Leute besondere Vorsicht walten lassen müßte. Wir nehmen also den Fall keineswegs tragisch, aber in der Geschichte der gewerbegerichtlichen Praxis verdient diese Entscheidung doch einen ausgesuchten Ehrenplatz.“

Soll da aber trotz der formellen Ablehnung nicht doch zu „besonderer Vorsicht“ bei der Einstellung von Kriegsverletzten angeregt werden, warum kommt dann der Wink mit dem Zaunpfahl?

Was man erkennt, ist auch die Frage der Entlohnung der Kriegsverletzten Arbeiter und der entsprechend „opfermütige Sinn“ der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung etwas, was die Arbeiterschaft im Allgemeinen nahe angeht. Sie wird den Dingen aufmerksam zusehen und auf der Hut sein müssen.

Zur Kriegsinvalidenfürsorge

Ein Verbandskollege schreibt uns: Der Krieg hat uns vor manche schwierige Frage gestellt. Als eine der wichtigsten und dabei auch schwierigsten darf ohne Zweifel die Frage der Kriegsbeschädigtenfürsorge bezeichnet werden. Leider wird in den Kreisen der sozialdemokratischen Partei dieser Frage bis jetzt zu wenig Beachtung geschenkt, so daß einer unserer parteigenösslichen Schriftsteller nicht so ganz unrecht hat, wenn er schreibt, daß „die Frage der Versorgung unserer Kriegsbeschädigten ein ganz neues Problem ist, das sich vor der Partei erhebt und wo es gilt, sich nicht von den Tatsachen überraschen zu lassen. Wie soll sich die Partei demgegenüber verhalten? Soll sie den Gedanken überhaupt ablehnen und so einer der gewaltigsten Aufgaben, die uns in der Zukunft bevorstehen und wo viele Tausende in Frage kommen, ratlos gegenüberstehen? Wenn sie das nicht will, so gilt es auch hier, die Vorbereitungen zu treffen zu einer sachgemäßen Informierung der Parteigenossen.“ Und dann weiter: „Wenn hier nicht die Initiativbe unsererseits ergriffen wird, werden die Regierung und die bürgerlichen Parteien es ergreifen und die Sozialdemokratie kommt einfach ins Hintertreffen.“

Wer sich nur einigermaßen mit dieser Frage beschäftigt, der wird nur bestätigen können, daß namhafte bürgerliche Kreise und Vereinigungen auf das eifrigste bemüht und bestrebt sind, die Fürsorge der Kriegsbeschädigten für sich in Anspruch zu nehmen. Und mit welchem Erfolg? Darüber weiter unten.

Wie gründlich und ernst man sich dagegen in Gewerkschaftskreisen mit der Fürsorge der Kriegsbeschädigten befaßt, zeigen die Abmachungen über Arbeitsgemeinschaften, wie solche in neuerer Zeit in verschiedenen Gewerben der Berliner Industrie erfolgt sind. Soweit bis jetzt bekannt wurde, kamen solche Abmachungen über Arbeitsgemeinschaften für die Metallindustrie, für Holzarbeiter, das Transport- und Handelsgewerbe, ferner für die Brauindustrie, das Sattler- und Feinlebergewerbe, das Tapezierergewerbe und in weiteren Industrien sind von den dafür in Betracht kommenden Verbänden und Gewerkschaften Unterhandlungen eingeleitet. Leider kann man nicht überall damit rechnen, daß sich die Unternehmer zu dem Gedanken solcher Arbeitsgemeinschaften verständnisvoll stellen. Es sei hier nur darauf hingewiesen, daß der Württembergische Metallindustriellen-Verband es abgelehnt hat, darüber in gemeinsame Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen einzutreten. Eine ähnliche Stellung soll auch der Schupverband deutscher Steindruckereinnehmen.

Die Stellung der Gewerkschaften zu der Frage der Kriegsbeschädigtenfürsorge ist vor allem bestimmt von dem Gebieten und der Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft, an der die deutschen Gewerkschaften bekanntlich stets lebhaften Anteil genommen haben, und es ist durchaus nicht einzusehen, warum es, wie schon mehrfach in der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung betont wurde, nur Sache der Unternehmer sein soll, wieviel die Kriegsinvaliden in der Industrie beschäftigt werden, daß nur sie darüber befinden wollen. Ueberall müssen besondere Fürsorgestellen für die Kriegsbeschädigten ins Leben gerufen werden, an deren Leitung dann auch die Vertreter der Arbeiter in ausreichendem Maße teilnehmen müssen. Diese kennen die Räte und Sorgen der Arbeiter am besten und können sich auch am ehesten in das Denken und Gefühlleben der Kriegsbeschädigten versetzen.

Wie ganz anders bei den bürgerlichen Kreisen. In weitestem Umfang wird jetzt in Zeitungen, Zeit- und Fachschriften über die Fürsorge unserer Kriegsverletzten geschrieben. Namhafte Gelehrte

und Sozialpolitiker, besondere Vereinigungen und auch sonstige Kreise beschäftigen sich mit dieser so wichtigen Frage. Schriften, größere und kleinere Werke zeugen von der Wichtigkeit, die der Fürsorge der Kriegsbeschädigten zugewiesen wird. Versucht man die hier in Betracht kommenden Schriften, die Aufsätze und Bemerkungen, dann kommt einem die große Bedeutung dieser Frage in eindringlicher und unaussprechlicher Weise zum Bewußtsein. Unerwartet aber merkt man dabei auch bald, mit wie wenig Kenntnis und Verständnis verschiedene der Verfasser an diese Frage herangetreten sind. Es mag ja gut gemeint sein und der Gedanke für das Wohl der Kriegsbeschädigten wird dem einen oder anderen Verfasser die Feder in die Hand gedrückt haben, aber gebietet ist der Verstand damit in keiner Weise. Mancher dieser Herren zerbricht sich den Kopf und bemüht sich, immer noch mehr neue niederprechende Pläne aufzustellen. Um nur einen, wenn auch ohne Zweifel gut gemeinten Plan zu nennen, sei auf den des Amtsrichters Dr. Robert Deumer in Hamburg aufmerksam gemacht, der das Heil der Kriegsbeschädigten in der gemeinsamen Organisation und ihrer Beschäftigung in gemeinsamen Werkstätten gefunden zu haben glaubt. Dr. Deumer läßt sich da von dem Gedanken an eine möglichst weitgehende Arbeitsverteilung leiten, wonach der einzelne beschäftigte Kriegsbeschädigte nur eine ganz bestimmte Verrichtung an einer Arbeit zu tun hätte und durch die mit der Zeit erreichte Fertigkeit eine Steigerung seines Verdienstes erzielen könne. Ohne Zweifel ist es in den neuzeitlichen Industrien mit ihren bedeutenden Großbetrieben, wo die Arbeitsverteilung aufs äußerste durchgeführt ist, leicht, für einen in seiner Verrichtung geübten Arbeiter eine engbegrenzte Handfertigkeit ausfindig zu machen, durch die er noch einen annehmbaren Verdienst erzielen kann. Datum aber nun besondere Werkstätten auf gesellschaftlicher Grundlage zu schaffen, in denen nur Kriegsinvaliden beschäftigt werden, können wir nicht begreifen und zustimmen. Im Gegenteil. Der Gedanke erscheint uns geradezu verfehlt, wenn nicht gar gefährlich. Denn der gegenseitige Anblick der Invaliden mit ihren körperlichen Gebrechen und Mängeln muß den Lebensmut, die Arbeitsfreudigkeit und Energie schwächen, wo doch ein Stärker und Aufrichter der genannten Eigenschaften so dringend und immer wieder notwendig sind. Eine Beschäftigung unter Gefunden und voll leistungsfähigen Personen dürfte da nach unserem Dafürhalten viel vorzuziehen und von bedeutendem größerem Einfluß sein. Jedenfalls können sich der Herr Amtsrichter und die, die seine Vorschläge für so überaus vorteilhaft und zur Durchführung geeignet halten, gar keine rechte Vorstellung davon machen, wie grausam es wäre, alle die Krüppel und Beschädigten in gemeinsamen Werkstätten zusammenzutun. Für eine derartige Fürsorge werden sich aber auch die Kriegsbeschädigten selbst bestens bedanken.

Dann aber muß man sich auch dagegen wenden, daß in besonderen Schriften und Werken Abbildungen von Krüppeln und Kriegsbeschädigten gebracht worden sind, die zeigen und darstellen sollen, wie diese mit Hilfe von künstlichen Gliedmaßen in die Lage versetzt werden, noch einen einigermaßen guten Verdienst zu erzielen. Die Bilder nehmen sich im großen und ganzen im Rahmen der Schriften recht gut aus. Wie aber steht es da in Wirklichkeit, wenn man die Bedauernden hantieren und schaffen sieht? Da wird einem ohne weiteres klar, daß auf sehr vielen der Bilder die Stellung der beschäftigten Invaliden eine recht gesuchte und man möchte sagen, mit Absicht günstig gewählte, möglichst ins Auge fallende ist. Kommt ein Laie solche Schriften und Bilder zu Gesicht, dann wundert er sich und ist erstaunt über die vielseitige Verwendungsmöglichkeit der Krüppel und Kriegsbeschädigten. Ein Gefühl freudiger Erregung oder Beruhigung überkommt ihn dann auch wohl und er preist dann das Los der Beschädigten vielleicht gar nicht so schlimm und bedauernd, wie es sonst aufgefaßt wird. Dem Berufseingeweihten oder Kenner muten dagegen solche Abbildungen recht eigenartig an. Kopfschüttelnd legt er solche Sachen aus der Hand und fragt sich, was damit für die Beschädigten eigentlich erreicht wird oder erreicht werden soll. Wenn in solchen Werken und vor allem in den Abbildungen die Leistungen der Krüppel und Kriegsbeschädigten mit den künstlichen Gliedmaßen in zu günstigen Lichte erscheinen, dann werden dadurch viel zu leicht falsche Vorstellungen über die Beschäftigungsmöglichkeit bei den Betroffenen entstehen.

Bei dieser Frage kommt vor allem ein Werk in Betracht, auf das in Schriften und Büchern häufig hingewiesen und Bezug genommen wird. Es ist das 104 Seiten starke, reich mit Bildern versehene Werk von Bergrat E. Flemming: „Die Kriegsbeschädigten und Unfallverletzte auch bei Verletzungen ihr Los verbessern können“ (Saarbrücken 1915), von dem sogar in der Sozialen Praxis gesagt wird: „Es wirkt in schlichter Sprache besonders überzeugend durch Angabe der von den Unfallverletzten erzielten Löhne.“ Wir können uns diesem Urteil jedoch nicht anschließen, denn wir sind beim Studium des Werkes zu der Auffassung gekommen, daß bei einer Reihe von Abbildungen die Stellung der darin gezeigten Personen mehr eine gewollte — oder richtiger — gewünschte ist. Eine Verfertigung unserer Ansicht finden wir in einem Aufsatz „Kriegsbeschädigte und Unfallverletzte“ in Nr. 44 des Korrespondenzblattes der General-Kommission (1915), wo an dem bezeichnenden Beispiel von einem Bergmann nachgewiesen wird, wie vorzüglich man dem in dem Werke Gebotenen begegnen muß. Aber der Metallarbeiter wird Beispiele aus verschiedenen Berufen in dem Werke finden, die vor einem sachmännigen Urteil kaum bestehen können. Hier sei nur auf einen Fall aufmerksam gemacht, nämlich wo ein Klempner nach einem Unfall im Bergwerksbetrieb das rechte Bein verloren, ferner noch einige schwere Stürze erlitten und sich außerdem einen doppelten Leistenbruch zugezogen hat. Dieser so schwer Beschädigte soll heute, nach den Angaben in dem Werke, sein Klempnerhandwerk fortsetzen und besonders als Dachklempner und auch als Hausklempner tätig sein. Bei diesen Arbeiten soll er ebenso gemauert wie andere Dachdecker oder Klempner selbst auch über steile Ziegeldächer hinweg sich bewegen können. Einige Abbildungen sollen dieses deutlicher zeigen. Aber gerade diese Bilder sprechen „für sich“ und lassen berechtigten Zweifel an der Leistungsfähigkeit des Betroffenen aufkommen.

Wenn so auf einzelne Dinge in dem Werke von Stenning aufmerksam gemacht wurde, so soll damit die gute Absicht, die man ohne Zweifel mit dem Werke erzielen möchte und wollte, nicht in Abrede gestellt werden. Es ist gewiß freudig zu begrüßen, wenn Angehörige weiter Kreise und Klassen es sich zur Aufgabe machen, mitzuarbeiten und mitzutragen an dem schwierigen Werke der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Und so sehen wir, wie alle Welt sich müht in der Fürsorge für unsere Kriegsbeschädigten. Das ist aber nicht nur loblich, das ist eines jeden Pflicht, der helfen kann. Mit dem bloßen Helferswillen allein, und wenn er aus noch so warm empfindendem Herzen kommt, ist aber nicht genug. Es gehört schon ein wenig Kenntnis und Verständnis von den Verhältnissen, in die man den zu Helfenden bringen will, dazu, denn es soll dem Kriegsbeschädigten nicht nur für jetzt, auf kurze Zeit, sondern auch für seine spätere Lebenszeit geholfen werden. Doch das kann man sagen: Viele sind berufen, aber nur wenige sind auserwählt.

Vor allem aber können wir als Kollegen in der Fürsorge in weitestem Maße mitwirken, nicht nur können, sondern wir müssen dabei mitwirken suchen, so viel wir dazu fähig und in der Lage sind. Besonders sei hier auf das Gebiet der Berufsberatung hingewiesen, die zwar nicht so leicht zu nehmen ist, sondern viel Umsicht und auch Eingebung des einzelnen erfordert. Wer sich dieser Aufgabe widmet und untersucht, kann dadurch seiner Gewerkschaft große Dienste leisten. Aber nicht das soll der Zweck sein, sondern wir sind es unseren Kollegen, die ihre gesunden Glieder geopfert haben, jemals schuldig, daß wir alles tun und versuchen, was in unseren Kräften steht. Darum wäre es zu wünschen, daß die Kollegen in den einzelnen Verwaltungsteilen — auch in den Kleinsten — sich mit diesen Fragen beschäftigen, und wo immer sich Gelegenheiten ereignet und geeignete Personen zur Verfügung stehen, darauf zu dringen, daß die Gewerkschaften in den in Betracht kommenden Ausschüssen und Körperschaften vertreten sind. Zwar wird ja an manchen Orten versucht, die Vertreter der Gewerkschaften zu übergehen, wie schon in einer der letzten Sitzungen des Reichstagsausschusses von den Abgeordneten Bauer und Sadje nachgewiesen wurde. Aber solche Hindernisse dürfen nicht stören, sondern müssen einfach über den Haufen geworfen werden. Alles, was in dieser Richtung von uns geschieht und getan werden kann, ist zum Vorteil und zum Wohle des Volksganges.

Anmerkung der Schriftleitung: Die Ausführungen des Kollegen E. D. sind ohne Zweifel beachtenswert. Wir können uns jedoch nicht mit seiner Ansicht einverstanden erklären, daß es „grausam“ wäre, die Beschädigten in gemeinsamen Werkstätten zusammenzutun. Das mag allenfalls für einen Teil von ihnen zutreffen; bei vielen wird es aber vorteilhaft sein, wenn sie einander mit Rat und Tat beistehen können. Wahrscheinlich werden Kriegsbeschädigte bald von selber darauf verfallen, besondere Vereine zur gegenseitigen Hilfe zu gründen.

Der Metallarbeiter mit der magnetischen Hand

IK. Nach dem Kriege werden wir uns an manchen Anblick in unseren industriellen Arbeitsstätten gewöhnen müssen! Da werden zum Beispiel Männer wiederzusehen, die jung und arbeitsfähig als Metallarbeiter Schraubstift und Maschine verlassen haben; brauchen haben sie eine Hand verloren. Wohin mit ihnen? Sie stehen vor den Türen der Fabriken ihres bisherigen Berufs und verlangen Entlassung. Arbeit und Verdienst muß ihnen gegeben werden, es ist eine politische und sozialpolitische Frage, den industriellen Kriegsschicksal wieder in das Getriebe der Arbeitswirtschaft einzufügen.

Zugleich wird auch diesem Gebiet der Techniker mit dem Arzte zusammengehen müssen. Wir haben schon darüber berichtet, wie in Technikerkreisen daran gearbeitet wird, Ersatzglieder aus Stahl und Eisen zu konstruieren, die als Werkzeuge dem Arbeiter ein gewisses Maß von Arbeitsfähigkeit wiedergeben sollen. Von einer solchen Konstruktion berichtet in einer der letzten Nummern der Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure Professor Klingenberg.

Es handelt sich um eine magnetische Hand. Wie in Maschinenfabriken, Gürtelwerken usw. der Submagnet als Greifer Eigenschaften anzeigt, festhält und bei Auslösung des elektrischen Stromes wieder fallen läßt, so soll die magnetische Hand dem Metallarbeiter dazu dienen, Arbeitsstücke oder Werkzeuge festzuhalten.

An den Gliedmaßen wird eine Ledermanschette angebracht, die an ihrem Ende mit einem Lapp oder Glodenmagneten versehen ist. Dieser Magnet, von einem elektrischen Strom angeschlossen, zieht alle Eisen- und Stahlteile an, die Arbeiter soll also den Magneten als Greifer, als Hand benutzen. Die elektrische Kraft muß ihm allerdings zugeführt werden. Am Elektrokontakt an die nächste elektrische Leitung angeschlossen, würde sie die Arbeitsfähigkeit herstellen. Der Strom muß dann immer eingeschaltet werden. Er wird eingeschaltet durch eine bestimmte Bewegung eines anderen Körperteils, beispielsweise mit dem Fuß, durch Bewegung des ganzen Körpers, mit dem Arm, mit dem gesunden Arm oder auch durch eine bestimmte Bewegung des beschädigten Armes selbst. Mit dem Magneten können nicht nur alle eisenen Gegenstände mit verhältnismäßig großer Kraft ergriiffen werden, sie können auch beliebig lange festgehalten, gehalten und bewegt werden. Dabei ist die Stuppelung zwischen Gliedmaßen und Gegenstand nicht fest, sondern beweglich. Die magnetische Hand ist deshalb verwendbar für alle Arbeiter, die mit eisernen Werkzeugen oder mit eisernen Werkstücken zu tun haben.

Ein Schloffer mit einem solchen Hilfsglied würde so arbeiten: Der Enden seines Magneten wird an seinem Arbeitsplatz in die nächste elektrische Leitung eingeschaltet. Die magnetische Hand hat jetzt durch den elektrischen Strom die notwendige Kraft zur Verfügung. Die Spitze der Hand wird an den Magneten angelegt und hebt sich. Die Hebelbewegung vollzieht sich, wenn der Magnet gegenüber der Stelle im Übermaß noch frei beweglich ist, genau in der gleichen Weise wie beim gesunden Arm.

Wenn der Arbeiter ein Nüchler ist und zu hoheln hat, wird der Kopf mit einer kleinen Eisenplatte versehen und legt sich nach dem Zerlegen (nach dem Bericht von Professor Klingenberg) genau so hochhaben wie jeder andere Kopf. Der Stempel an der Schlagmaschine kann die auszuführende Eisenplatte genau so gut, wie ein besserer Arbeiter als mit einer gesunden Hand, da er die Wunde an der glatten Oberfläche zu greifen vermag. Der Druck auf den Drehknopf läßt sich mit der magnetischen Hand halten, während mit der gesunden Hand der Hammer operiert wird. Das Besondere ist nicht das Eisen ansetzen, lassen sich durch Anbringung eines kleinen Magneten an dem Hammerkopf, der die Eisenplatte ansetzt, so gestalten, daß auch sie gehalten werden können. Durch Einsetzen von Lohndrückerei verfährt der Greifer läßt sich die Arbeit sehr leicht ausführen.

Aber Klingenberg denkt nicht an ein einfaches Werkzeug, er betrachtet die Konstruktion auch zur elektro-magnetischen Betätigung künstlicher Gliedmaßen.

Geht es sich darum, die Bewegung des Oberarmes gegen den Schultergürtel zu steuern, so die Konstruktion einer bestimmten Länge von Zeit zu Zeit festhalten und wieder zu lösen, so soll Klingenberg mit magnetischer Betätigung verfahren, der Kriegsschicksal bedingt also nur mit einem gesunden Arm und Hand den Schloffer zu betätigen und der künstliche Unterarm macht eine bestimmte eingetragene mechanische Bewegung.

Nach anderen Versuchsversuchen zum Beispiel eine geeignete Schlofferbetätigung, lassen sich ohne Schwierigkeiten ausführen, selbst die jene Schlofferbetätigung einer Maschine soll auf elektro-magnetischen Wege zu erreichen sein. Der vorliegende Bericht spricht sogar davon, die Greifbewegung künstlicher Finger elektro-magnetisch herzustellen. Durch einen Submagneten wird die Schlofferbetätigung der die Finger, durch einen anderen die Schlofferbetätigung des Oberarmes zu steuern gelangt.

Die Verwendung der Elektrizität kann eben den notwendigen Schritt zu einer Arbeit, die eine beliebig einstellbare Hilfskraft zu-

geführt werden, die, an die Stelle der verlorenen Muskeln tretend, nicht nur Bewegungen einleiten erlaubt, sondern auch ziemlich große Kräfte auszuüben gestattet. Die Elektrizität ist hierfür besser geeignet als irgend ein anderes Kraftübertragungsmittel, zum Beispiel Druckluft, weil sie in vielen Orten zur Verfügung steht und mit kleinen, nicht viel Raum beanspruchenden Magneten ziemlich große Kräfte auszuüben gestattet. Der mit einer magnetischen Hand ausgerüstete ist deshalb nicht an einen bestimmten Ort mit seiner Tätigkeit gebunden. Selbst wenn ein elektrischer Anschluß nicht zur Verfügung stehen sollte, können die geringen, für die Bewegung magnetischer Gliedmaßen erforderlichen Elektrizitätsmengen aus einer tragbaren Batterie entnommen werden.

So hat uns der Krieg den Typ des Arbeiters geschaffen, der zum Krüppel geworden ist und doch zugleich sinnvoll durchdachte künstliche Gliedmaßen erhalten hat. Immer und immer wieder muß man bei einer solchen Gelegenheit betonen, wie riesengroß für die Arbeiterbewegung in der Zeit nach dem Kriege die Aufgaben wachsen werden, damit den Arbeitern gegenüber, die im Kriege ihr wertvollstes Kapital, ihre Arbeitskraft, verloren haben, sozialer Sinn und soziale Vernunft zur Anwendung kommen kann. Denn es ist und bleibt noch die große Frage der Zukunft, ob die Voraussetzungen geschaffen werden, daß ein Kriegskrüppel mit künstlichen Gliedmaßen die Arbeit findet, zu der ihn Art und Technik mühsam erzogen haben.

(Wir wollen hoffen, daß die magnetische Hand sich in der Betätigung so gut bewährt, wie Professor Klingenberg annimmt. Allerdings darf man nicht außer acht lassen, daß sie zu einer Erhöhung der Betriebskosten führen wird. Da liegt die Gefahr nahe, daß der Unternehmer versuchen wird, sich an dem Kriegsbeschädigten durch Lohndrückerei schadlos zu halten. Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung.)

Vorgesetzte und Untergebene in einer Gewerkschaft

Zur Breslauer Generalversammlung unseres Verbandes im Jahre 1913 waren zwei Anträge gestellt, nach denen Mitglieder, die einen Vorarbeiter- oder Meisterposten annehmen, als aus dem Verbandsausgeschieden gelten sollten. Die Generalversammlung lehnte diese Anträge ab. Aus Zuschriften wissen wir jedoch, daß diese Frage trotzdem noch oft den Gegenstand von Erörterungen in unseren Verbandskreisen bildet, auch während des Krieges. Wir finden nun in der Gewerkschaftlichen Rundschau (Nr. 9 vom November 1915) des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes darüber einen sehr beachtenswerten Aufsatz, den wir vollinhaltlich wiedergeben wollen. Er lautet:

Je mehr sich die handwerksmäßigen Kleinbetriebe zu kapitalistischen Großbetrieben entwickeln, desto häufiger kommt es vor, daß tüchtige Arbeiter auf der Stufenleiter der Hierarchie aufrücken und dadurch zu Vorgesetzten ihrer bisherigen Kollegen werden. Die kooperativen Arbeitsweise, das heißt das planmäßige Zusammenarbeiten zahlreicher Personen in einer Arbeitsstätte oder in einem Betriebe, bringt ganz von selbst eine Abstufung der Beschäftigten mit sich. Es bildet sich eine Ober- und Unterordnung, eine Hierarchie, wie wir sie in den wirtschaftlichen Kreisläufen und beim Militär finden. Das Unternehmen zieht sich Leute, die von der Pike auf gebildet haben, lernen und jetzt sie als Vorarbeiter, Meister, Vorarbeiter, Faktoren, Poliere oder wie sie sonst heißen mögen, an eine höher bezahlte, einflußreichere Stelle. Diese Methode hat für den Unternehmener den Vorteil, daß er seine Leute kennt und daß seine Leute den Betrieb kennen, sie hat aber den Nachteil, daß manchmal Reibungen entstehen zwischen dem neuen Vorgesetzten und den früheren Kollegen. Derzeitiger wird die Sache noch, wenn Vorgesetzte und Untergebene in einer gewerkschaftlichen Organisation sind.

Es kommt nämlich gar nicht selten vor, daß die in einer höheren Position aufgerückten Arbeiter noch Mitglieder ihrer Gewerkschaft bleiben; sei es, daß sie Solidarismus und Kollegialität genug besitzen, um auch weiterhin mit den Kollegen den gewerkschaftlichen Kampf gemeinsam zu führen, sei es, daß sie ihre erworbenen Rechte und Unterhaltungsansprüche nicht aufgeben wollen; sei es, daß sie aus alter Anhänglichkeit an den Verband von dem Austritt absehen. Diese Zugehörigkeit zur Gewerkschaft ist die Quelle mancher Reiberei und Mißbehelligkeiten.

Unter den organisierten Arbeitern kann man sehr häufig die Meinung hören, daß Kollegen, die das Amt eines Vorgesetzten bekleiden, nichts mehr in der Gewerkschaft zu suchen hätten, daß sie entweder freiwillig auscheiden oder durch einen Paragraphen in den Statuten zum Austritt gezwungen werden müßten. Sie begründen diesen Standpunkt damit, daß sie behaupten, die betreffenden Kollegen hätten in erster Linie die Interessen des Unternehmens wahrzunehmen und bei ausbrechenden Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern stellen sie sich einfach auf die Seite ihres Prinzipals. Da sei es dann besser, wenn man am Anfang wisse, was man von diesen Leuten zu erwarten habe. Die so sprechen, haben jedoch in vielen Fällen recht, aber es wäre doch falsch, wenn man verallgemeinern und keine Ausnahmen zulassen wollte. Es gibt glücklicherweise noch Kollegen, denen trotz ihrer Beförderung das proletarische Klassenbewußtsein nicht verloren gegangen ist, die nicht vergehen haben, daß sie im Grunde genommen doch immer noch Arbeiter sind und daß sie bei erster bequemer Gelegenheit wieder in die Reihen ihrer früheren Kollegen zurücktreten müßten.

Auch unter den Arbeitgebern findet man vielfach die Ansicht vertreten, daß es sich mit der Stellung eines Vorgesetzten nicht verträgt, mit den Arbeitern zusammen in einer wirtschaftlichen Vereinigung zu sein. Die Gewerkschaft stelle hohe Anforderungen an ihre Mitglieder und nehme nicht selten Stellung gegen das Unternehmertum; da gerate denn ein gewerkschaftlich organisierter Vorgesetzter leicht in einen Gewissenskonflikt zwischen seiner Pflicht als Vertreter des Unternehmers und als Mitglied seiner Gewerkschaft. Deshalb sei die Zugehörigkeit zu einer gewerkschaftlichen Kampforganisation nicht wünschenswert. Es gibt Unternehmern, die den Austritt aus der Gewerkschaft zur Beförderung einer Beförderung wünschen, und es gibt andere, die einen diesbezüglichen Leuten Wunsch entgegen. Infolgedessen haben sich bereits eigene „gehobene“ Organisationen gebildet, die sich des Wohlwollens und der Unterstützung der Prinzipale erfreuen.

Der Irrtum hat sich in der Zeitung eines Verbandsverbandes eine Diskussion über dieses Thema abgelebt. Ein Verbandsmeister hat in einem „Eingekorbelt“ an seine Kollegen die Anforderung gerichtet, sie möchten sich entscheiden, ob sie wirklich Verbandsmitglieder sein und sich des Vorrechtes der Firma erwerben wollten, oder ob sie es vorziehen, sich der Selbstorganisation auf Grund und Lagnade zu unterwerfen. Er will also eine reinliche Scheidung, eine Klipp und klare Entlassung herbeiführen, auf welche Seite sich die Verbandsmitglieder stellen wollen. Ein anderer Bericht, der mit dieser Ausführungen nicht einverstanden ist, erregt in einem Gegenstand das Wort und macht folgende bemerkenswerte Ausführungen:

„Unser Kollege hat selber festgestellt, daß der angehende Verbandsmeister zwar, zwar Ja sagt, ja weiß noch viel länger, viele Hunderte von Mann an Zeitungen in die Reihen der Gewerkschaft gezahlt hat. Er insistiert dagegen nicht, daß der Gehilfe durch seine lange Verbandszugehörigkeit auch in seinem ganzen Können und Denken auf ihn mit seiner Verbundenheit verstanden ist, verstanden sein muß, insofern er ein intelligenter und anpassender Mensch ist. Deshalb erwartet sich im Laufe der Jahre die Qualifikation zum Ver-

bandsmeister. Nun soll er mit einem Schlage seine Gesinnung wechseln wie ein schmutziges Hemd, soll auf einmal seinem in erster Zeit so ungeheuren Verbandsmeistertum zuliebe die großen Rechte in puncto Unterstützung, die er sich in langjähriger Mitgliedschaft und Beitragsleistung erworben, preisgeben, indem er austritt aus der Gemeinschaft, die ihm bisher in allen Lebenslagen der sicherste Hort war. Das erste Verlangen ist direkt ein unmoralisches, das zweite wäre ein nie mehr gutzumachender Verratsakt, ein direkter Frevel gegen sich und die Seinen. Es ist immer eine Charakterlosigkeit, wenn einer jahrelang den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterbewegung angehört hat, in dem Augenblick aber, da er Meister oder sonst ein höherer Angestellter geworden ist, plötzlich glaubt, die besten Seiten in seiner Vergangenheit auslöschen zu müssen, um nur ja nicht das Vertrauen seiner Herren Prinzipale zu verlieren. Dieses Vertrauen ist mitunter jahrelang vorhanden, schreibt der Kollege, bis der Prinzipal eines schönen Tages durch irgendeinen Zufall oder auch mitunter durch eine Denunziation erfährt, daß sein Verbandsmeister organisiert ist. Jetzt ist dieses Vertrauen mit einem Schlage weg. Nun freilich, das Vertrauen der Unternehmer hört allemal da auf, wo der Meister anfängt, als Mensch und Persönlichkeit von seinen Staatsbürgerrechten einen bescheidenen Gebrauch zu machen! Trotzdem betrachten es manche Verbandsmeister als ihre Aufgabe, immer und unter allen Umständen für ihre Arbeitgeber Partei zu ergreifen, und fügen dadurch naturgemäß der Arbeiterfrage einen nicht geringen Schaden zu. Meine Auffassung vom Verbandsmeister ist eine ganz andere. Ich meine, in durchaus sachlicher und objektiver Weise nach oben und unten sich benehmen, von Fall zu Fall nach bestem Wissen und Gewissen prüfen und dementsprechend handeln, ich glaube, so kann man sich am besten das unbedingte Vertrauen von Prinzipal und Personal erwerben. Entscheidet die Firma anders, nun, so hat nicht der Verbandsmeister, sondern sie selbst etwaige Konsequenzen zu tragen. Selbst im Lohnkampfe ist sehr wohl ein durchaus neutrales Verhalten des Verbandsmeisters möglich.“

Der Standpunkt, den dieser gewerkschaftlich organisierte Verbandsmeister einnimmt, ist sicherlich durchaus anerkennenswert und macht seinem Charakter als Mensch und Vorgesetzter alle Ehre. Dennoch läßt sich nicht verkennen, daß die praktische Durchführung manche Schwierigkeiten bietet. Es ist nun einmal eine Tatsache, daß der Unternehmer in einem Verbandsmeister vorwiegend den Antrieber erblickt, der aus den Arbeitern möglichst viel herauszuholen soll, und daß er ihn einfach beiseite schiebt, wenn er sich in dieser Erwartung getäuscht sieht. Umgekehrt empfinden auch die Arbeiter instinktiv, wozu der Vorgesetzte da ist und was von ihm erwartet wird. Daß sich aus dieser Empfindung heraus leicht eine Mißstimmung entwickelt, ist erklärlich. Es besteht nun einmal ein Gegensatz zwischen dem Kapital, das möglichst viel unbezahlte Arbeit einschuldern will, und dem Arbeiter, der möglichst viel unbezahlte Arbeit hergeben soll. Und der Verbandsmeister ist seiner ganzen Stellung nach der Puffer zwischen diesen beiden Interessenten und Willensrichtungen.

Hinszu kommt noch, daß neben den rein materiellen Gegensätzen auch noch die Frage der Autorität eine Rolle spielt. Der frühere Kollege und Verbandsgenosse will und muß in seiner neuen Stellung Anordnungen treffen und Befehle geben, die unweigerlich ausgeführt werden müssen, und dies will manchem Arbeiter nicht in den Kopf. Hier scheint der eigentliche Horn zu sein, aus dem die Streitigkeiten entspringen. Offenbar ist in jedem größeren Betriebe eine straffe Zucht notwendig, die auf der Autorität des Vorgesetzten und auf der freiwilligen Unterordnung der Untergebenen beruht. Wenn nun ein neugeborener Vorgesetzter auf offenen oder versteckten Widerstand bei seinen Verbandskollegen stößt, weil diese ihn noch immer als „gewöhnlichen“ Kollegen betrachten, so ist ihm das unangenehm, und er schreibt es vielleicht seiner Verbandszugehörigkeit zu, daß man ihn so wenig als Vorgesetzten achtet. Die Folge davon ist, daß er sich zunächst geistig dem Verbandsentfremdet und zuletzt auch praktisch die Konsequenzen zieht. Das ist unter Umständen ein Verlust für die Gewerkschaftsbewegung, die tüchtige Leute in gehobenen, einflußreichen Stellungen sehr wohl gebrauchen kann. Es muß also gefordert werden, daß gewerkschaftlich organisierte Arbeiter einem solchen Kollegen das Leben nicht noch saurer machen, als es ohnehin schon ist, und daß sie Schulung genug besitzen, um auf seine schwierige Stellung gebührende Rücksicht zu nehmen. Es gibt allerdings Leute, die da wie die Hunde immer über den Zaun springen, wo er am niedrigsten ist, das heißt, die an einen Vorgesetzten, der überzeugter Gewerkschafter ist, höhere Anforderungen stellen als an irgendeinen beliebigen Antrieber, aber diese Methode ist falsch und sie schädigt die Arbeiterbewegung. Ein vernünftiges Abwägen der gegenseitigen Rechte und Pflichten wird uns über viele Schwierigkeiten hinweghelfen. Wenn ein Vorgesetzter soziales Empfinden hat und das nötige Lauffühl besitzt, und wenn auf der anderen Seite die Arbeiter den guten Willen haben, die Verhältnisse so zu nehmen, wie sie nun einmal sind, so wird sich ein erträgliches Zusammenarbeiten ergeben lassen. Dann wird es auch möglich sein, daß Vorgesetzte und Arbeiter, die ein und derselben Gewerkschaft angehören, innerhalb eines Betriebes sich verstehen und nicht wie störrische Widde gegeneinander angehen. Die gewerkschaftliche Erziehungsarbeit wird hier allerdings noch viel zu leisten haben, ehe wir diesen Zustand erreichen.

Unser Verband in der 74. Kriegswunde

Das Ergebnis unserer Erhebung über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit in der 74. Kriegswunde wird in nachstehender Uebersicht dargestellt. Von den Verwaltungsteilen Köln, Neustadt, Grönberg, Neustadt i. S., Mlanzenburg, a. S., Göttingen, Gräfenhof, Stendal, Langermünde, Jorze, Guxhaven, Vörsich, Zweibrücken sind hierzu, trotz Mahnung, keine Berichte eingegangen.

überprüft über die Zeit vom 26. Dez. 1915 bis 1. Jan. 1916.

Wunde	Anzahl	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert		
																			Mittelwert	Mittelwert	
1.	34	2	5944	45	17	5899	24	0,4	159												
2.	34	1	4885	108	37	4777	23	0,5	134												
3.	32	—	7415	73	51	7342	45	0,6	219												
4.	55	1	35592	553	256	35003	185	0,6	937												
5.	77	6	28578	227	63	28351	114	0,4	584												
6.	42	1	28555	397	93	28461	20	0,1	217												
7.	38	—	23443	263	73	23180	34	0,1	237												
8.	26	—	10304	79	46	10225	45	0,4	280												
9.	49	2	18348	161	79	18187	1034	5,7	408												
10.	41	—	19998	91	38	19907	364	1,8	1682												
11.	1	—	52762	977	107	51775	553	1,1	1688												
Zus.	418	13	236117	3010	860	233107	2451	1,0	6490												

„Entschuldigend“ der im Laufe der Woche zugeflossen und zusammengekommen. Vorstehende Aufstellung weist bei Beginn in den 418 berichtenden Verwaltungsteilen einen Mitgliederstand von 236117 auf, einschließlich derer, die im Laufe der Berichtswunde hinzugekommen sind. Während dieser gingen nun wieder 3010 ab. Davon wurden 860 zum Gewerkschaft einbezogen, 863 sind abgemeldet und 1282 sind ausgetreten.

oder gestochen. Darunter wird sich wohl ein großer Teil befinden, der zum Vierteljahrabschluss gekommen ist...

Von den am Schlusse der Berichtszeit vorhandenen 233 107 Mitgliedern waren 2451 arbeitslos...

An Arbeitslosenunterstützung wurden in der Berichtswoche 6490 M durch die berichtenden Verwaltungstellen ausbezahlt.

An Krankenunterstützung gelangten in derselben Zeit 13 221 M zur Auszahlung. Die Zahl der durch Krankheit Erwerbslos gewordenen betrug 3531 für die Berichtswoche.

Nachstehend geben wir wieder eine zusammenfassende Übersicht über die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen.

Table with columns: Berichtswochen, Verwaltungstellen haben, Mitglieder, etc. Rows show weekly data from August 1914 to 74 weeks.

Die 74. Berichtswoche, die zugleich die letzte Berichtswoche im verflossenen Jahre war, läßt einen Rückblick auf die Gestaltung des Verbandes während der Kriegsdauer angebracht erscheinen.

Die Mitgliederzahl, die bei Kriegsausbruch am 1. August 1914 533 814 betragen hat, ist bis zum 2. Januar 1915 auf 323 565, also um 210 249 Mitglieder zurückgegangen.

Die Zahl der zum Heeresdienst einberufenen Mitglieder betrug im Jahre 1914 192 643, im Jahre 1915 wurden weitere 112 506 Mitglieder eingezogen, das sind zusammen 305 149.

Die seit Kriegsausbruch zur Auszahlung gekommene Summe an Arbeitslosenunterstützung beläuft sich auf 5 335 833 M.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 23. Januar der 5. Wochenbeitrag für die Zeit vom 23. bis 29. Januar 1916 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 3 des Verbandsstatuts gestattet:

Der Verwaltungsstelle Halle a. S. für die 2. Klasse 5 z die Woche. Der Verwaltungsstelle Reutal a. d. S. für die 1. Klasse 10 z und für weibliche und jugendliche Mitglieder 5 z die Woche.

Der Verwaltungsstelle Nowawes-Potsdam vom 1. Januar 1916 an für die 2. Klasse 10 z die Woche.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung fakultativer Rechte zur Folge.

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt: Auf Antrag der Verwaltungsstelle Dresden:

Der Friseur Heinrich Kirßen, geb. am 12. September 1868 zu Dresden, Buch-Nr. 1974026, wegen unkollegialem Verhalten

Zu beachten: Das Mitgliedsbuch des Klempners Carl Teschner, geb. am 13. August 1890 in Berlin, Buch-Nr. 1359004, ist durch ein Versehen einem Kollegen gleichen Namens ausgehändigt worden, dem es jedoch nicht gehört.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Röntgenstr. 16 a, zu adressieren.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Quittung

über die vom 1. bis 31. Dezember 1915 bei der Hauptkassa eingegangenen Verbandsgelder.

Table with columns: Von, Betrag, etc. Lists various locations and their contributions for Dec 1915.

Large table listing cities and their corresponding membership numbers, organized in columns.

Die Verwaltungstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einsender von Geldern werden hierdurch dringend gebeter, vorliegende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten.

Berichte

Kohrleger.

Berlin. Arbeitsnachweisbericht für Dezember 1915.

Table with columns: Beruf, Arbeitslos waren am 1. Dez. 1915, etc. Shows statistics for Kohrleger.

Rundschau

Reichstag.

Der Reichstag beschäftigte sich in der Zeit, über die wir heute zu berichten haben, beinahe ausschließlich mit Ernährungsfragen, die schon den Gegenstand von wochenlangen Arbeiten des Hauptausschusses gebildet hatten.

Die Nahrungsfrage hat mit der wachsenden Länge des Krieges eine immer größere Bedeutung erlangt. Jetzt bildet sie den Gegenstand der Sorge und der Erörterung, nicht etwa nur in den Kreisen der Rinderbesitzer, sondern bis tief in die Reihen des oberen Mittelstandes hinein, also überall, wo nicht großer Reichtum die Höhe der gesicherten Lebensmittelpreise gleichgültig erscheinen läßt und wo auch in den schlechtesten Zeiten die überspannte Leine noch ihre Befriedigung findet.

dem Grundübel der kapitalistischen Ausbeutung der einzelne Arbeiter und Unternehmer verschuldet ist, wenn auch deren persönliche Eigenschaften die allgemeinen Nachteile des heutigen Wirtschaftswesens für den Arbeiter nicht unbedeutend abschwächen oder verflücken können.

Die englische Absperrungspolitik mußte mit der Zeit zu einer Knappheit wichtiger Lebensmittel führen. Diese zu überwinden, gab es nur das Mittel der Verbrauchsbeschränkung, denn je bedeutender können wir die Lebensmittelherstellung im eigenen Lande nicht vermehren und die Zufuhr von außen spielt auch keine entscheidende Rolle.

Die erneuten Verhandlungen des Reichstags und seines Ausschusses werden der Regierung gezeigt haben, daß alles, aber wirklich auch alles, daran gesetzt werden muß, um die berechtigten Klagen weiter Volkstreu gerade auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung abzustellen.

Eine allgemeine Betrachtung ergibt sich aus dem allen: Wenn wir diesen Krieg, den man als den Krieg der Organisation bezeichnet hat, in allen seinen Teilen und Erscheinungen überschauen, so erkennen wir, daß überall für uns Erfolge zu verzeichnen sind, wo in langer sorgfamer Friedensarbeit die notwendigen Vorbereitungen getroffen waren, während dagegen Schwierigkeiten und Unordnung herrschen, wo man sich lediglich mit Augenblicksmassnahmen zu helfen sucht.

Es wäre wirklich sehr zu wünschen, wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre ganze Arbeitskraft auf diese Zukunftsfragen einstellen könnte. Leider müssen wir aber immer aufs neue vernehmen, daß die drei dort vorhandenen Arbeiter, die Reichstagskämpfer das Leben schwer machen und die Kräfte vergeuden. Ein derartiges Verhalten kann auf unsere Arbeitermassen nichts weniger als anziehend wirken.

Zur Frage der wirtschaftlichen Annäherung Deutschlands und Österreich-Ungarns.

Mit der Frage der wirtschaftlichen Annäherung Deutschlands und Österreich-Ungarns beschäftigte sich am Sonntag dem 9. Januar eine Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses. Zu dieser Vorbereitung hatte der Vorstand der deutsch-österreichischen Arbeiterpartei die dankenswerte Anregung gegeben.

neffen Domes, Gruenwald und Hanasch teil; ferner hatten die Zentralvorstände der deutschen Gewerkschaften...

Der Genosse Dr. Menner hielt den einleitenden Vortrag, in dem er die Frage der deutsch-österreichischen Annäherung...

Hinzureichende Regelung der Fleischversorgung.

Die Regelung der Fleischversorgung ist bisher noch in den ersten Anfängen stehen geblieben. Wir sind leider noch nicht über die Festlegung von Höchstpreisen für Schweine und Schweinefleisch hinausgekommen...

Der Mangel an Schweinefleisch hat die Nachfrage nach anderen Fleischsorten so gesteigert, daß besonders das Rindfleisch in den letzten Wochen bedeutend verteuert wurde. Aber man wartele bisher vergeblich auf die immer notwendiger werdende Festsetzung von Höchstpreisen für Rinder und Rindfleisch...

Der Arbeitsnachweis des Kölner Unternehmerverbandes.

Unter der Überschrift 'Ein neuer Vorstoß der Unternehmer' berichteten wir in Nr. 2 von der Wiedererrichtung eines vom Unternehmerverband unterhaltenen einseitigen Arbeitsnachweises.

Da der Herr Gouverneur durch Schreiben vom 1. Januar auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 im Interesse der öffentlichen Sicherheit...

Wir bitten Sie, hieron gefälligst Vermerk zu nehmen und werden demnach auf die Angelegenheit zurückkommen.

Arbeitsnachweis (ber.) Dr. Kottler.

Gewerbegerichtliches.

Unternehmer, prinzipiell. In Berlin wurde ein Eintrager durch einen Richter der Maschinenfabrik von Richard Weber, Ostfanger Ufer, eingekerkert und sollte zu Beginn des nächsten Tages anfangen...

Nach dem Unternehmerverband.

Der Verband hat in den ersten Tagen des Jahres zu Beginn dieses Jahres ein...

gegenwärtig die Reichs- und Landesgesetzgebung beschäftigen. Unter anderem forderte er Maßnahmen für den Uebergang von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft...

In Urlaub reisende Soldaten.

Verbandsmitglieder und Nichtverbandsmitglieder, die Berlin passieren, werden auf die Herberge des Berliner Gewerkschaftshauses, Engelauer 15, aufmerksam gemacht...

Vom Ausland

Schweiz.

Die Frauenarbeit in der schweizerischen Uhren- und Bijouterieindustrie. (Schluß). Die Bijouterie ist in der Hauptsache auf den Platz Gené beschränkt. Wie die Uhrenindustrie, hat auch sie sich von der Verfallenen von früher zu den heutigen Fabriken entwickelt...

Die Kettenmacherinnen. Diese werden nach dem Meter verfertiger Kette bezahlt; je nach der Kette erhalten sie 2 bis 2,50 Fr. für das Meter. Da, aber die Augen bei der Kettenmacherei sehr mitgenommen werden, übernehmen die jüngeren Arbeiterinnen die gut bezahlten umständlicheren Arbeiten...

Die Polierarbeiten. Bei diesen wird die Arbeit bezahlt je nach der Schwierigkeit des zu polierenden Stückes, je nach die Stundenlöhne zwischen 35 und 180 Cts. schwanken. Der Tagesverdienst beträgt zwischen 3,50 und 9 Fr. Da aber die Arbeit nicht regelmäßig ist, das heißt meist öfters Zeiten der Arbeitslosigkeit eintreten, verdient auch eine gute Polierin oft nicht über 80 bis 90 Fr. im Monat.

Die Genéer Bijouterie, besonders die Kettenmacherei, leidet heute schwer unter dem deutschen Wettbewerb. Während früher der französische Markt nur von den Genéern versorgt wurde, weil den Franzosen der Verkehr mit den Deutschen nicht angenehm war...

Die wichtige Frage der Organisation der Frauen und der Heimarbeiter überhaupt wird in zwei Abschnitten behandelt. Im ersten werden zunächst die mancherlei Schwierigkeiten besprochen, die der massenhaften Organisation der Arbeiterinnen entgegenstehen. Dabei wird auch das Verhalten der Arbeiter zu den Arbeitgebern als Wettbewerbler erwäht und als ein nicht allzu reines dargestellt. Und er führt dann beispielsweise gewisse Verhältnisse in der Uhrenindustrie an, die die Arbeiterinnen zwingen, in den von ihnen vertretenen Arbeitszweigen keine Arbeiterinnen zuzulassen...

Dänemark.

Die die dänische Zeitung in ihrem Abendblatt vom 10. Januar mitteilt, in in Kopenhagen unter der Aufsicht des dänischen Generalconsuls ein deutsches ökonomisches Arbeitsnachweisbüro errichtet werden. Einige dänische Konsulate und Handelsvertreter erließen durch Vermittlung dieses Büros Stellung in Deutschland; doch sind dänische Arbeiter aus der Eisenindustrie nicht willens, nach Deutschland zu reisen, weil die Nachfrage in Dänemark lebhaft und die Arbeitsbedingungen, namentlich im Schiffbau, sehr gut sind.

Großbritannien.

Ungewöhnlich mit dem Munitionsgesetz. Im Aug vor Weihnachten 1915 brachte die englische Regierung ein Gesetz zum Munitionsgesetz ein, die dem Unterhaus fast ohne Erwiderung angenommen wurde. Die Novelle erfüllt in hohem Maße die Wünsche der Arbeiterkammern; vom 1. Dezember 1915. Die Bestimmungen des Gesetzes sind fast vollständig unbedingte. Den Frauen und Geschicklichen wurde weder die Bewegungsfreiheit noch das Streikrecht zurückgegeben. Die ist insbesondere General der Unternehmern der industriellen Beschäftigten Arbeitern über die Arbeiter keine nicht angedeutet. Nur die Lage der Arbeiterinnen wurde insofern verbessert, als die Novelle dem Munitionsgesetz die Vergütung gibt, welche und sonstige Arbeitsbedingungen für sie festsetzt. Der Lohnausgleich der Arbeiterinnen aus Clyde (Glasgow) und Umgebung betraute 150.000 Pfundsterling, in denen die Arbeiterinnen des Territoriums ausbezahlt werden, weil sie dem Munitionsgesetz zustimmen haben.

Gleichzeitig mit der Annahme der Novelle zum Munitionsgesetz wurde durch Kabinettsbefehl ein neuer Paragraph dem Reichsverteidigungsgesetz hinzugefügt, der dem Munitionsminister dieselben Rechte den Arbeitern gegenüber verleiht, wie sie die Militärbehörden kraft des Standrechts bereits besitzen. Um der Unzufriedenheit der Arbeiter über die Handhabung des Munitionsgesetzes steuern zu können, erließ das Kabinetts— also ohne Zustimmung des Parlaments— eine Bestimmung, wonach diejenigen Personen, die die Herstellung von Kriegsmaterial hindern, verzögern und behindern, denselben Gesetzen und Strafen unterworfen sind, wie diejenigen Personen, die die Kriegführung durch Aushebung des Meeres oder der Zivilbevölkerung hindern. Standrecht gegen Geschicklichen! Gegen diesen Kabinettsbefehl erhoben nun die Arbeiter in Glasgow Einspruch. Sie nahmen folgende Kundgebung an:

Die Delegiertenversammlung der Arbeiter am Clyde (Glasgow) und Umgebung verlangt den sofortigen Widerruf des Kabinettsbefehls, da dieser Befehl nicht nur die Arbeiter der Unternehmern, Verwaltungen und Vorarbeiten auf Gnade und Ungnade aussetzt, sondern auch weil er einen autokratischen Charakter trägt und vom Parlament nicht beraten worden ist.

Spanien.

In den letzten Wochen war wieder einmal von einem 'Generalstreik' die Rede, der in Barcelona ausgebrochen sein sollte. Nach er sollte es nur noch ein Metallarbeiterausstand gewesen sein, der am 3. Januar ausbrach. Darauf wurde berichtet, durch Entgegenkommen der Unternehmer habe sich ein Teil der Streikenden bewegen gelüht, zur Arbeit zurückzukehren und es streikten nur noch 20.000 Mann. Die Polizei habe 50 'Agitatoren' verhaftet. In Widerpruch dazu steht eine am 12. Januar aus Madrid eingegangene Mitteilung, wonach man befürchtet, daß der 'Generalstreik' der Maurer und der Metallarbeiter sich über ganz Katalonien ausbreiten werde. Voraussicht sei der Streik durch die Steigerung der Lebensmittelpreise.

Es ist ohne weiteres zu glauben, daß auch in Spanien die Lebensmittel teurer geworden sind, aber wenn Barcelona auch gegen 300.000 Einwohner hat und die Hauptindustriegebiete Spaniens ist, so scheint es nicht sehr wahrscheinlich, daß die Nachrichten von dem Umfang der Bewegung und dem 'Generalstreik' stark übertrieben sind, wie so manche Kunde von der Arbeiterbewegung in südlichen Ländern.

Eingegangene Schriften

Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis. Ein gewerkschaftliches Arbeitsbuch. Herausgegeben von Wilhelm Jansson. Berlin 1915. Verlag der Internationalen Korrespondenz. 9. Auflage. 167 Seiten. 1,60 M. Unter der Überschrift 'Ein Arbeitsbuch der deutschen Arbeiter' hat der Verleger in Nr. 52 vom vorigen Jahre eine ausführlichere Beschreibung gebracht. Wie der Verlag uns mitteilt, hat er einen Teil der neuen Auflage des Buches als sogenannte Vereinfachte Ausgabe erscheinen lassen, die wesentlich billiger ist. In dieser kostet das Buch unterbehalten 1,45 M., gebunden 3 M. (Kadenzpreis 3 M. und 2 M.). Dabei unterrichtet es sich von der anderen Ausgabe nur dadurch, daß sie auf etwas dünneres, jedoch auch gutes und festes Papier gedruckt ist. Die Verbandskollegen, die dieses lehrreiche Buch zu dem billigen Preise beschaffen möchten, empfehlen wir, sich an ihre Ortsverwaltungen zu wenden.

Vormärz-Kalender, herausgegeben von der Bardach-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Preis 1,50 M. Es ist das erste Mal, daß wir diesen einzigen sozialdemokratischen Dreißigkalender zu Gesicht bekommen, wir sind aber von dem Lesestoff, den er auf der Rückseite der Abreißblätter bietet, sehr bejodigt. Es ist nicht die planlose Zusammenstellung von mehr oder weniger guten Lesestücken, die man sonst auf Abreißkalendern findet, sondern der Herausgeber Ernst Preckanz hat sich mit Erfolg bemüht, seiner Lesern mehr zu bieten. Er bringt auch sogenannte Gedentage und wenn es sich dabei um bürgerliche oder sozialistische Dichter und Denker handelt, so bietet er gewöhnlich auch ein Gedicht oder einen bemerkenswerten Ausspruch von dem betreffenden. Außerdem bringt der Kalender aber noch manche gute Angaben über die Gewerkschaften, die sozialdemokratische Partei, die Genossenschaften, den Arbeiter-Sängerbund und sonstige Arbeitervereinigungen. Wenn dies planmäßig weitergeführt wird, so kann ein Kalender solcher Abreißblätter im Laufe der Zeit mit geringer Mühe eine wertvolle und handliche Sammlung von Wissensstoff zusammenbringen, die ihm in der Arbeiterbewegung gute Dienste zu leisten vermag. Gut ist auch die in Kupferdruck ausgeführte Rückwand. Der Preis möge den, der es sich leisten kann, einen solchen Kalender zu kaufen, nicht abreden, denn im Verhältnis zu dem, was geboten wird, ist er niedrig. Auf jeden Fall sollte er in allen Kreisräumen der Arbeiterbewegung häufig. Allerdings ist der Kalender noch der vervollständigung fähig und wir erlauben uns, dem Verlag folgende Wünsche zu unterbreiten. Vor allem Dingen bessere Ausstattung, denn der uns vorliegende Abdruck ist beim Durchblättern teilweise auseinander. Ferner als letztes Blatt ein Inhaltsverzeichnis, wie dies bei allen besseren Abreißkalendern üblich ist. Sodann könnte die Auswahl der Gedentage reichhaltiger und sorgfältiger sein. Dem deutschen Arbeiter ist es zum Beispiel gleichgültig, daß am 1. Januar 1901 die Errichtung des australischen Bundesstaates verkündigt wurde, wichtiger ist ihm das ein Jahr früher erfolgte Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches. Ferner: daß am 11. Januar 1841 im Nargau ein Aufruf gegen die Kirchenherrschaft stattfand, mag im Nargau wohl als ein deutliches Ereignis gelten, anderswo wird man dem an gleichen Tage des Jahres 1904 geschehenen Vorkommnis mehr Aufmerksamkeit widmen. Was kümmert uns ferner der Vulkanbruch in Japan am 12. Januar 1914? Im Bestenfalls ist dies ein Tag der organisierten Arbeiterkämpfe. Das sind nur einige Stichproben aus den ersten Tagen des Jahres. Diese kleinen Anregungen sollen indessen den Wert des sozialdemokratischen Abreißkalenders nicht herabsetzen und wir empfehlen ihn nochmals nachdrücklich.

Verbands-Anzeigen

- Mitglieder-Versammlungen. München, Lorenz-Graß, Feilenhauer, 24 Jahre, Lungenleiden. Franz Gisch, Maschinenarbeiter, 66 Jahre, Nierenleiden. Michael Horn, Gärtler, 30 Jahre, Lungenleiden. Josef Enders, Schlosser, 62 Jahre, Gehirnerkrankung. August Kienle, Schlosser, 74 Jahre, Nierenleiden. Josef Seig, chirurg. Instrumentenmacher, 62 Jahre, Herzschlag. Nikolaus Ziegler, Schlosser, 35 Jahre, Lungenleiden. Johann Fischer, Hilfsarbeiter, 35 Jahre, Unfall. Johann Holmann, Schlosser, 49 Jahre, Unfall. Franz Medl, Spengler, 47 Jahre, Nierenleiden. Franz Ebermann, Monteur, 47 Jahre, Lungenleiden. August Georg Janson, Schlosser, 35 Jahre, Herzleiden. Josef Trauer, Gärtler, 63 Jahre, Herzschlag. Wilhelm Hüter, Spengler, 70 Jahre, Unfall. Margaretha Schmid, Arbeiterin, 67 Jahre, Nierenleiden. Simon Roth, Monteur, 51 Jahre, Herzschlag.

Druck und Verlag von Alexander Schöde & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötterstraße 16 B.